



In Berlin gibt es viel zu tun – nicht nur auf dem Bau. Mit 9,4 % ist die Arbeitslosenquote in der Stadt so niedrig wie seit dem Mauerfall nicht mehr. Michael Müller beschreibt in seinem Beitrag **auf Seite 3**, wie der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung Berlin verändert und welche Schwerpunkte die künftige Regierung in der Wirtschaftspolitik setzen sollte.

Foto: Hanschke

Bei den **Wahlen zum Abgeordnetenhaus** und zu den **Bezirksverordnetenversammlungen** am 18. September hat die SPD alles andere als ein glänzendes Ergebnis eingefahren, die Fraktionen im Landesparlament und in den BVVen sind zum Teil erheblich ausgedünnt worden. Wir dokumentieren, wer in der kommenden Legislaturperiode die SPD auf Bezirks- und Landesebene als Mandatsträger vertritt und was bei der nun anstehenden Bildung der Bezirksämter hinsichtlich der Ämterstruktur formal zu berücksichtigen ist. **Seiten 9 bis 12**

Gleichwohl ist die SPD stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus geblieben. Nun geht es um die Bildung einer stabilen Regierung für die kommenden Jahre, die Koalitionsverhandlungen laufen. **Raed Saleh**, frisch wiedergewählter Vorsitzender der SPD-Fraktion, beschreibt die Eckpunkte, auf die es für die SPD dabei ankommt. **Seite 4**

Ein Thema wird uns wohl erhalten bleiben: Die desolante Situation in den Bürgerämtern. **Matthias Kollatz-Ahnen** stellt Lösungsansätze für organisatorische Defizite dar, die in einer aktuellen Studie aufgezeigt werden. **Seite 6**

Michael Müller:
Stadt der Arbeit

Seite 3

Raed Saleh:
Berlin zusammenhalten

Seite 4

Matthias Kollatz-Ahnen:
Organisation der Bürgerämter

Seite 6

Swen Schulz:
Bildung als Schlüssel

Seite 7

Cansel Kiziltepe:
Grunderwerbssteuer

Seite 8

Bildung der Bezirksämter:
Ämterstruktur in den Bezirken

Seite 9

Nach den Wahlen:
Die SPD in den BVVen

Seite 10

Nach den Wahlen:
Die SPD im Abgeordnetenhaus

Seite 12

SGK

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V. am

Freitag, 4. November 2016 um 17:00 Uhr in der

EWE Repräsentanz Berlin

Pariser Platz 6A, 4. Stock, 10117 Berlin

Die Tagesordnung findet sich auf Seite 5 dieses Heftes

**BITTE
BEACHTEN**

Veranstaltungstipp

Die Zukunft der Wärmeversorgung in Berlin. Umbau notwendig – aber wie?

Berlin will bis 2050 klimaneutral sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Umbau der Wärmeversorgung unumgänglich. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen nach der künftigen Verflechtung in der Region, der Zukunft der zentralen Fernwärmenetze in der Stadt sowie den städtischen Teilräumen, in denen semizentrale oder auch dezentrale Lösungen zum Tragen kommen. Zwischen der Steigerung der Energieeffizienz und der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien gibt es eine Vielzahl technischer Optionen. Damit verbunden verändern sich auch die „Player“ am Wärmemarkt. Neben etablierten Versorgern gewinnen neue kollaborative Versorgungsformen auf zivilgesellschaftlicher Ebene an Bedeutung. Welche Versorgungslösungen für Berlin gangbar sind und wie sie sich umsetzen lassen, soll im Difu-Dialog erörtert werden. Dabei finden das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) sowie praktische Maßnahmen des Umbaus der Wärmeversorgung auf Quartiersebene Berücksichtigung.

Leitung:

Robert Riechel (Difu)

Prof. Dr. Bernd Hirschl (Institut für ökol. Wirtschaftsforschung)

Uta Bauer (Interessengemeinschaft Siedlung Heerstraße e.V.)

Mittwoch, 7. Dezember 2016, 17:00 Uhr

Veranstalter und Veranstaltungsort:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Zimmerstr. 13-15, 10969 Berlin

Die Teilnahme ist unentgeltlich,
eine Anmeldung unter www.difu.de erforderlich.

Veranstaltungstipp:

Was hält eine Gesellschaft im Wandel zusammen?

Humanistische Werte in der Einwanderungsgesellschaft

Diese Frage stellte sich – nicht zum ersten Mal – angesichts vieler nach Deutschland flüchtender Menschen im Herbst 2015. Nach einem langen und kontroversen Weg zur Akzeptanz der Realität Deutschlands als eines Einwanderungslandes steht nun verstärkt die konkrete Ausgestaltung des guten gemeinsamen Lebens in einer Einwanderungsgesellschaft auf der politischen Tagesordnung. Was hält diese Gesellschaft zusammen trotz ihrer Pluralität? Und welche Antworten haben andere europäische Länder auf diese Frage gefunden?

Die gemeinsame Tagung der Humanistischen Akademie und der Friedrich-Ebert-Stiftung wird den Fragen nachgehen, ob multikulturelle und multireligiöse Einwanderungsgesellschaften – in Deutschland und Europa – von allen geteilte Grundwerte brauchen, welche Wertvorstellungen dies sein könnten und welche Impulse dabei humanistische und/oder religiöse Überzeugungen einbringen können.

Donnerstag, 27. Oktober 2016, 16:00 Uhr

Veranstaltungsort:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Berlin

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Nähere Infos unter www.fes.de,
Anmeldung per E-Mail an forum.kc@fes.de

SGK intern

Wir begrüßen als neue Mitglieder:

Aus Gründen des Datenschutzes begrüßen wir unsere neuen Mitglieder namentlich nur in der gedruckten Fassung des Heftes.

Noch kein SGK-Mitglied?

Das lässt sich ändern.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle der SGK Berlin gern entgegen.

E-Mail: info@sgk-berlin.de, **Tel.:** 030 / 46 92 - 134

Die nächste Ausgabe

Heft 95 des forum erscheint Mitte März 2017.

Redaktionsschluss ist der 28. Februar 2017.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht.
Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 - 134, Fax 030 / 46 92 - 116

Vorsitzender: Horst PorathMail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de**Redaktion:**

Frédéric Verrycken (V.i.S.d.P.),
Martina Hartleib, Heiko Hanschke, Hans-Ulrich Oel,
Horst Porath, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke**Druck:** KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der
Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
bei der Berliner Sparkasse

Berlin weiter zur Stadt der Arbeit machen

von Michael Müller

Gerade hat die Bundesagentur für Arbeit die neuen Arbeitsmarktzahlen für Berlin veröffentlicht. Mit 9,4 % können wir die niedrigste Arbeitslosigkeit seit dem Mauerfall vermelden. Der Trend der letzten Monate setzt sich fort, die Unternehmen stellen weiter ein und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt gleichzeitig zu. Ich bleibe optimistisch, dass wir in den nächsten Jahren auch viele der noch immer 175.000 Arbeitslosen in Beschäftigung bringen werden. Mein Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Und die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass das durchaus möglich ist.

Insgesamt wirkt sich die gute wirtschaftliche Entwicklung Berlins also auch weiterhin positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in der Stadt.

Trotzdem müssen wir natürlich gerade Anbetracht des Wahlergebnisses vom 18. September festhalten, dass sich viele Menschen in der Stadt Sorgen machen, ob sie mit der Entwicklung Berlins mithalten können, ob sie davon auch persönlich profitieren.

Das Wahlergebnis ist in seinen Auswirkungen und Ursachen so vielschichtig, dass es nicht in den ersten Tagen unmittelbar nach der Wahl in der üblichen Art in Versammlungen ausreichend analysiert werden könnte. Die SPD hat deswegen auf meine Empfehlung beschlossen, dass es ihr nicht um schnelle, an der Oberfläche beliebende Antworten geht, sondern eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von externem politikwissenschaftlichem Sachverstand die Berlinwahl ausgiebig analysieren soll. Mitte Oktober wird sich der Landesvorstand ausführlich mit der Analyse beschäftigen und anschließend wird diese in den verschiedenen Gliederungen der SPD sicher breit diskutiert. **Gerne stehe ich in diesem Prozess natürlich auch selbst Abteilungen und Kreisen für Gespräche zur Verfügung.**

Gleichzeitig haben SPD, Linke und Grüne nach Sondierungsgesprächen beschlossen, ihren Parteien die Aufnahme von Koalitionsgesprächen vorzuschlagen, um für Berlin möglichst noch in diesem Jahr eine neue rot-rot-grüne Regierungskoalition mit mir als Regierenden Bürgermeister zu bilden.

Die wichtigsten Themen werden sicher in den anstehenden Koalitionsverhandlungen unter anderem Fragen der wachsenden Stadt, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Flüchtlingsintegration, Haushaltskonsolidierung, sozialen Gerechtigkeit, besseren Teilhabe und Beteiligung sein.

Für mich bleibt es aber auch von besonders großer Bedeutung, wie wir unsere gute wirtschaftliche Entwicklung so verstetigen können, dass weiterhin mehr Arbeitsplätze entstehen und wir damit auch mehr soziale Gerechtigkeit durch gute Arbeit schaffen.

Berlin ist für Menschen auf der ganzen Welt Sehnsuchtsort geworden. Seit Jahren haben wir einen Bevölkerungszuwachs von über 40.000 Menschen jährlich. Schon 2025 kann die Stadt eine Metropole mit vier Millionen Einwohnern sein.

Der Schlüssel zu einer solidarischen Stadt bleibt natürlich eine gute, kostenlose Bildung und Ausbildung ohne Zugangsbarrieren und daraus resultierend gute Arbeit. Gute Arbeit für alle kann es aber nur in einer Stadt geben, der es nachhaltig wirtschaftlich gut geht.

Unsere konsequente Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich Berlin auch als Wirtschaftsstandort wieder sehen lassen kann. Wir hatten 2015 das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer.

Allein 2015 sind rund 40.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden, seit 2005 sind es nun 300.000.

Dieser wirtschaftliche Erfolg ist die Voraussetzung für weitere Investitionen – und damit für die Gestaltung der wachsenden und solidarischen Stadt.

Unsere Politik muss deshalb weiter gewährleisten, dass der wirtschaftliche Aufschwung und die daraus resultierenden Steuermehreinnahmen für neue investive Spielräume genutzt werden. Allein 2015 konnten wir durch die gute Entwicklung Berlins so 500 Mio. Euro zusätzlich in die Stadt investieren und gleichzeitig eine halbe Milliarde Euro in die Schuldentilgung geben. Investieren und konsolidieren wird für die SPD auch zukünftig eine wichtige Aufgabe bleiben.



Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Martin Becker

Dazu ist es natürlich notwendig, auch in den nächsten Jahren diese positive Entwicklung zu verstetigen. Wir wollen den Menschen in dieser Stadt beweisen, dass wir über eine positive Wirtschaftsentwicklung Berlin so weiterentwickeln, dass die Infrastruktur verbessert wird und vor allem alle in Berlin an diesem Erfolg teilhaben. Das bedeutet vor allem, weiter gute Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Aussichten sind gut. Denn Berlin verfügt mittlerweile über eine derartige Vielzahl an prosperierenden Branchen und Wirtschafts-

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung liegt vor, wenn es mehr offene Stellen gibt als Menschen, die Arbeit suchen. Politik und Wissenschaft gehen allerdings davon aus, dass viele Arbeitsuchende auch in einer solchen Situation etwas Zeit brauchen, um eine passende neue Stelle zu finden. Daher werden einige Bürgerinnen und Bürger selbst unter optimalen Bedingungen vorübergehend keine Beschäftigung haben. Die Wissenschaft spricht hier von friktioneller Arbeitslosigkeit, weil sie durch Schwierigkeiten (Friktionen) bei der Jobsuche hervorgerufen wird. Sie ist der Grund, weshalb Vollbeschäftigung nicht mit einer Arbeitslosenquote von Null gleichgesetzt wird, sondern schon bei 2 bis 4 Prozent erreicht ist.

Deutschland hat die Vollbeschäftigung im sogenannten Stabilitätsgesetz (Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) vom 8. Juni 1967) als wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik verankert. Weitere Ziele sind Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum. Die vier Ziele werden oft als „magisches Viereck“ der Wirtschaftspolitik bezeichnet. Das Attribut „magisch“ deutet an, dass sich die Ziele in der Regel nicht gleichzeitig erfüllen lassen.

zweigen, dass unsere Wirtschaftsentwicklung auf eine breitere Basis gestellt ist als dies noch vor Jahren der Fall war.

Wir haben eine europaweit einzigartige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Daraus wachsen tagtäglich neue Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Unsere Wirtschaftspolitik muss weiter darauf ausgerichtet sein, einen guten Rahmen dafür zu schaffen, Zukunftstechnologien zu entwickeln und anzuwenden. Mit unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft, den Labs und Start Ups wollen wir Experimentierfeld und gleichzeitig Produktionsstandort für die Industrie 4.0 werden.

Gerade im Bereich von Start Ups müssen wir uns darauf einstellen, dass die Lösungen für gute und mitbestimmte Arbeit nicht die sein können, die wir in traditionellen Wirtschaftsbereichen für selbstverständlich halten. Und um eine Größenordnung deutlich zu machen: in den Start Ups arbeiten über 60.000 Menschen. Auch hier werden wir im Dialog aller Akteure über bessere Mitbestimmung, Tarifvereinbarungen und eine gute verlässliche Verbundausbildung reden müssen.

Entscheidend bleibt für Berlin als Wirtschaftsstandort auch das weltoffene und liberale Klima der Stadt. Immer wieder versichern mir gerade Unternehmen aus dem digitalen Bereiche, aber auch Universitäten und Forschungseinrichtungen, dass es kein Problem ist, gut ausgebildete Menschen nach Berlin zu holen. Die Stadt ist in der ganzen Welt als Arbeits- und Lebensort beliebt. Deswegen wird es wichtig sein, dieses weltoffene Klima zu bewahren und ganz klar zu machen: Die übergroße Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner fällt nicht auf rechtspopulistischen Parolen rein.

Wir stehen auch in der Wirtschaftspolitik vor vielen Herausforderungen. Dabei müssen wir vor allem Wirtschafts- und Arbeitspolitik noch mehr als gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft sowie natürlich auch Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden verstehen.

Und wir werden für eine gute Standortpolitik vor allem auch im öffentlichen Dienst weiterhin mehr qualifiziertes Personal anstellen und dadurch auch die gute Ansiedlungspolitik für neues wirtschaftliches Engagement in der Stadt verstetigen.

Für mich bleibt Berlin als Stadt der Arbeit eine der wesentlichen Aspekte der vor uns liegenden Legislaturperiode.

Die Stadt zusammenhalten

von Raed Saleh

Die SPD Berlin hatte am 18. September ein bitteres Wahlergebnis zu verkraften, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Das mag anstrengend sein, ist aber notwendig und passiert auch schon. Zugleich haben wir den Regierungsauftrag erhalten, und auch auf den konzentrieren wir uns. Die Sondierungsgruppe der SPD hat beschlossen, mit Linken und Grünen in Verhandlungen über den Koalitionsvertrag einzutreten. Mit der CDU waren die Schnittmengen weitgehend verbraucht, die FDP bestand auf einer Offenhaltung von Tegel, die schon allein rechtlich als nicht möglich eingeschätzt wird. Mit Linken und Grünen gab es Schnittmengen in den Bereichen Bildung, Investitionen und Wohnungsbau – also genau den Themen, die für die Stadt in den nächsten Jahren entscheidend sein werden.



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Hauptaufgabe der rot-rot-grünen Koalition wird es sein, die Stadt zusammenzuhalten und die soziale Spaltung zu lindern. Denn Bevölkerungswachstum, boomende Wirtschaft und jährlich steigende Besucherzahlen in Berlin bedeuten auch Verdrängung von Normalverdienern aus der Innenstadt, Mieterhöhungen und noch weniger Platz für Familien. Die Linie unseres Regierenden Bürgermeisters Michael Müller, der SPD-Fraktion und der Partei wird es sein, diesen Auftrag zum Zusammenhalt zur Handschrift im Koalitionsvertrag werden zu lassen.

Die SPD hat sich das Ziel gesetzt, künftig 400.000 Wohnungen in Landesbesitz zu halten, dem auch die Linkspartei zustimmt. Das ist ein großes Projekt, dessen Umsetzung dauern wird. Doch Mieten steigen auch deswegen an, weil Berlin zum Anziehungspunkt für

internationale Immobilien-Spekulanten geworden ist. Wir wollen die Anreize zur Steuervermeidung – insbesondere für Immobilienkäufe über sogenannte Share-Deals begrenzen. Die neue Koalition muss auch die Kreativität entwickeln, um tiefgreifende Eingriffe in den Wohnungsmarkt zu organisieren, damit der Effekt der steigenden Immobilienpreise und der steigenden Mieten gemindert wird.

Ein wichtiges Thema der Koalitionsverhandlungen wird die Bildung sein. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir die Abschaffung der Kitagebühren durchgesetzt und werden darüber – trotz der früheren Ablehnung von Grünen und Linken – nicht neu verhandeln. Wir wollen den Weg der Entlastung von Familien weiter fortsetzen, um Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole machen. Deshalb werden perspektivisch auch die Abschaffung der Bedarfsprüfung bei Kita und Hort, die Hortgebühren, die Lernmittelfreiheit und das kostenfreie Schulessen Themen sein, die auf den Tisch gehören. Über Prioritäten und die Frage, wann was finanzierbar ist, müssen die Partner sinnvolle Vereinbarungen treffen, denn natürlich kann nicht alles auf einmal gehen.

Wir müssen nicht nur Familien entlasten, sondern auch ein Umfeld schaffen, in dem gut gelernt werden kann. Schon in den letzten fünf Jahren haben wir gezeigt, dass wir es ernst meinen mit der Schulsanierung. Insgesamt wurde 2012 bis 2016 über eine Milliarde Euro in die Schulen Berlins investiert. Vieles lief aber zu langsam und zu wenig effizient, deshalb verbessern wir jetzt auch die Strukturen. Fraktion und Partei haben dazu im Juli ein Konzept vorgestellt. Unser Vorschlag beinhaltet eine Schulneubaugesellschaft, eine Schulsanierungsgesellschaft und die Entlastung der Bezirke, die künftig nur noch den baulichen Unterhalt leisten müssten.

Linke und Grüne haben andere Konzepte vorgelegt, so dass wir uns hier einigen müssen. So muss zum Beispiel geklärt werden, inwiefern sich mögliche neue Gesellschaften für Schulneubau und Schulsanierung verschulden dürfen, um ihren Finanzierungsbedarf zu sichern. Geklärt werden muss zudem, an welche schon bestehenden landeseigenen Unternehmen diese Gesellschaften angebunden werden. Unser Ziel ist, dass Berlin in den nächsten zehn Jahren alle Schulen saniert sind, dafür muss das Paket über 5 Milliarden

Euro schwer sein – damit alle Kinder und Jugendliche in einem angenehmen Umfeld lernen können.

In der vergangen Legislaturperiode ist es der SPD-Fraktion gelungen, gegen den Widerstand der CDU ein Stadtwerk zu gründen, es darf aber keinen Energiehandel betreiben und kann damit nicht so gut wachsen wie andere Energieversorger. Mehr war damals mit der CDU nicht drin. Jetzt muss die neue Koalition die Fesseln für das Stadtwerk lösen, das Gesetz ändern und ein starkes Stadtwerk für Berlin schaffen. Es soll Arbeitsplätze in Berlin schaffen, einen guten Service bieten und Gewinne in der Berlin halten, die sonst ins Ausland abfließen. Das dies keine sozialromantische Vorstellung ist, haben wir mit dem Rückkauf der Wasserbetriebe unter Beweis gestellt. Damals sanken die Wasserpreise um 15 Prozent für das Frischwasser und 6 Prozent für das Abwasser.

Aufgabe der neuen Koalition wird auch sein, dass wir den Personalaufbau des Landes in geordnete Bahnen lenken. Wir brauchen

nicht nur neue Stellen da, wo wegen des Bevölkerungswachstums mehr Personal gebraucht wird – Stichwort Bürgerämter – sondern endlich auch eine funktionierende Personalentwicklung, weil in den nächsten Jahren fast 30.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gehen – Stellen, die wir mit qualifiziertem Personal neu besetzen wollen. Dabei muss auch der Wissenstransfer zwischen Jüngeren und Älteren organisiert werden und die Verwaltung insgesamt mit besserer IT-Infrastruktur und modernen, digitalisierten Arbeitsprozessen verbessert werden.

Für all diese Themenfelder bin ich zuversichtlich, dass es in einer rot-rot-grünen Koalition nicht nur mühsame Kompromisse, sondern auch eine gemeinsame Richtung geben kann. In den Sondierungen ist deutlich geworden, dass wir eine gute Chance auf eine verlässliche, sachorientierte und stabile Regierung in den nächsten fünf Jahren haben.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

Einladung zur

Jahreshauptversammlung der SGK Berlin e.V.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---|
| <p>1. Eröffnung und Begrüßung
Beschluss über die Tagesordnung</p> <p>2. Referat:
Michael Müller
Regierender Bürgermeister von Berlin
und Landesvorsitzender der SPD Berlin</p> <p>3. Aussprache</p> <p>4. Wahl der Kommissionen
a. Wahl der Wahlkommission
b. Wahl der Mandatprüfungskommission
c. Wahl der Zählkommission</p> <p>5. Bericht des Vorstandes
a. Bericht des Landesvorsitzenden
b. Bericht des Schatzmeisters
c. Bericht der Revisoren</p> | <p>6. Aussprache</p> <p>7. Entlastung des Vorstandes</p> <p>8. Wahlen
a. einer/eines Landesvorsitzenden
b. einer/eines 1. Stellvertr.
Landesvorsitzenden
c. von drei weiteren Stellvertr.
Landesvorsitzenden
d. einer/eines Schatzmeisters
e. einer/eines Schriftführer(s)/in
f. der Beisitzer/innen
g. der Revisoren</p> <p>9. Anträge</p> <p>10. Verschiedenes</p> |
|--|---|

Freitag, 4. November 2016, 17:00 Uhr

Ort:

EWE Repräsentanz Berlin
Pariser Platz 6A, 4. Stock
10117 Berlin

Bürgerämter: mit Organisation und Personal das „Dauergeschimpfe“ überwinden

von Matthias Kollatz-Ahnen

Man stelle sich vor: Auf dem Smartphone oder im Internet kann man nachschauen, wie lange die Wartezeit aktuell im nächstgelegenen Bürgeramt ist. Ist sie kurz genug, geht man hin. Ist sie einem zu lange, kann man nachschauen, wie es an den anderen 36 von insgesamt 44 Standorten aussieht, die nicht nur Vorbuchungen annehmen sondern auch Direktkunden. Das ist machbar. Es funktioniert sogar jetzt schon – in Wien.

Warum sollte in Berlin nicht machbar sein, was in Wien geht? Zumal, wie eine Organisationsuntersuchung gezeigt hat, zu wenig Personal nicht mehr das vorrangige Problem ist. Hier hat sich viel getan. Seit Sommer 2014 wurden 117 neue Stellen in den Bürgerämtern geschaffen, das bedeutet rund ein Drittel mehr Stellen als bisher Mitarbeiter. Nach einer Ausbildungs- und Einarbeitungsphase entlasten die neuen Mitarbeiter jetzt die Bürgerämter. Deshalb ist die Situation in diesem Sommer deutlich besser als 2014.



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Senator für Finanzen

Foto: Dittmer

Dass mit dem zusätzlichen Personal noch nicht alle Probleme gelöst sind, zeigt: Als nächster Schritt ist eine Organisationsreform notwendig. Die Leistungserbringung und Ausstattung der Berliner Bürgerämter muss vereinheitlicht werden. Folgende Handlungsfelder sind dabei anzugehen laut der Organisationsuntersuchung:

- Die Steuerungsebene: Jede Bürgerin und jeder Bürger kann berlinweit seine Angelegenheiten in einem Bürgeramt erledigen. Zugleich fallen die Bürgerämter unter die Zuständigkeit der Bezirke. Das schafft Raum für falsche Anreize. Mit unterschiedlichen Öffnungszeiten, Anzahl der Standorte und eingesetzten Stellen ist man als Bezirk versucht, sich scheinbar besser zu stellen als andere. Im Ergebnis verlieren alle. Als Konsequenz geht es nicht darum, die Bürgerämter den Bezirken wegzunehmen. Sinnvoll dagegen ist es – und das ist ein Ergebnis der Organisationsuntersuchung – eine zentrale Instanz für verbindliche Abstimmungen und Festlegungen zu schaffen und damit verbunden ein zentrales Controlling. Diese muss allerdings – anders als die Innenverwaltung bisher – mit klaren Eingriffsrechten ausgestattet sein, um eine sinnvolle Einheitlichkeit in der Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.
- Standardisierung von Dienstleistungen und Geschäftsprozessen: Man kann in jedem Bürgeramt zum Beispiel einen neuen Pass beantragen. Aber das heißt noch lange nicht, dass der Ablauf und der Aufbau des Amtes dahinter der gleiche ist. Zwölf Bezirke heißen dann auch zwölf unterschiedliche Geschäftsprozesse. Also wird in Berlin das Rad neu erfunden und das eigentlich gleich zwölf Mal. Im Ergebnis arbeiten die Bürgerämter aber unterschiedlich effektiv. Ein Best-Practice Ansatz ist besser für Bürger wie Mitarbeiter. Zu prüfen ist an dieser Stelle auch, ob einige Dienstleistungen wie z.B. der BerlinPass an anderer Stelle erbracht werden können. Es

muss zudem überprüft werden, welche Aufgaben im schnellen und direkten Bürgerservice besser erbracht werden können.

- Die IT-Ausstattung, IT-Betrieb und Fachverfahren: Nicht alle Bürgerämter wenden die gleichen IT-Verfahren an (selbst das legendäre VOIS ist nicht bei jedem Bezirk in der gleichen Version auf dem Rechner), die IT-Ausstattung ist kunterbunt. Das bringt Reibungsverluste mit sich. Die Lösung hier ist eine Vereinheitlichung und der Abschluss einheitlicher Service Level Agreements für den IT-Betrieb, in denen Reaktions- und Wiederherstellungszeiten sowie die Verantwortlichkeiten klar festgelegt sind. Das kann über das ITDZ erfolgen. Darüber hinaus sollen verbindliche Regelungen für zukünftige Updates des Fachverfahrens erfolgen. U.a. soll klar definiert werden, wann (außerhalb der Öffnungszeiten), durch wen (Rollen und Verantwortlichkeiten) und wie (klare Prozesse) diese zukünftig erfolgen sollen.
- Das zentrale Onlineportal: Es gibt keinen einheitlichen, smarten Internetauftritt. So kann ein Kunde in mehreren Bürgerämtern den gleichen Termin buchen – das gleiche Problem kennen wir von den Kitas. Besser ist ein zentrales Onlineportal mit Erinnerungsfunktion einschließlich der Information, welche Unterlagen zum Termin benötigt werden. Am besten diese auch noch elektronisch. Es geht darum, medienbruchfrei Dienstleistungen erbringen zu können, also nicht den Weg von elektronisch zu Papier gehen zu müssen. Nur 2 von 55 Dienstleistungen sind zurzeit so organisiert. Die Zahl muss in den nächsten Jahren deutlich erhöht werden, Verzehnfachung ist das Ziel. Also sollte die geplante Einführung des Service-Kontos wie geplant vorangetrieben werden und in das zentrale Onlineportal integriert werden.
- Die Standortanalyse: Derzeit gibt es 44 Standorte mit stark variierender Größe. Zu kleine Bürgerämter rechnen sich aber nicht, bei weniger als 18 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) wird es teuer. Außerdem lohnt es sich, über den Tellerrand im Bezirk hinauszuschauen. Die Berlinerinnen und Berliner können stadtweit die Serviceangebote der Bürgerämter wahrnehmen. Da sollte bei den Standorten dieser Blick auch mitgedacht werden.

Berlin als Gesamtstadt muss endlich aus dem Dauer-Bürgerärgernis „Bürgerämter“ raus. Ein besseres Bürgeramt für alle ist mit heutigen Mitteln möglich! Das zeigt auch die Studie. Bessere Organisation und Motivation der Beschäftigten haben an anderen Orten schon gezeigt, dass Erfolge erzielt werden können. Als Beispiel kann die Steuerverwaltung dienen. Mehr Einwohner bedeuten auch mehr Steuerbescheide – aber in den letzten Jahren ist die Bearbeitungszeit für diese von 56,2 im Jahr 2007 auf 40,6 Tage im Jahr 2015 gesunken. Berlin hat sich von unten in ein gutes Mittelfeld hochgekämpft und hat dabei in den Finanzämtern sicher nicht mehr Stellen als 2007.

Zudem ist der Krankenstand in den Bürgerämtern zu hoch. Gesundheitsprogramme für und mit den Beschäftigten können helfen.

Also geht es in Zukunft darum, sich zu fragen, wie etwas besser werden kann. Land und Bezirke sind hier zusammen gefragt, organisatorische wie originelle Lösungen zu produzieren. Denn dass die Bürgerämter am Ende funktionieren, vielleicht so gut wie in Wien, erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht.

Die Studie ist unter <http://www.parlament-berlin.de/ados/17/Hauptvorgang/h17-2550.C-v.pdf> (Vorgang 2550 C) erhältlich oder kann in Kopie beim Autor dieses Beitrages erfragt werden: matthias.kollatz-ahnen@senfin.berlin.de.

Bildung: Schlüssel für ein friedliches Miteinander

von Swen Schulz

Die Wahlerfolge der AfD, nun auch in Berlin, werfen Fragen auf. Gute 14 Prozent der Berlinerinnen und Berliner haben einer Partei die Stimme gegeben, die aus ihrer fremdenfeindlichen Gesinnung keinen Hehl macht. Nun kann man das Ergebnis auch umgekehrt betrachten: Die Mehrheit hat den linken parlamentarischen Kräften ihr Vertrauen ausgesprochen. An den Rändern der Stadt sieht das allerdings nicht mehr günstig aus. 16,6 Prozent erhielt die AfD in Spandau, sogar 23,6 Prozent in Marzahn-Hellersdorf.

Seit den Erfolgen auch in anderen Bundesländern gibt es zahlreiche Erklärungsansätze wie Abstiegsängste, Überforderung oder soziale Benachteiligung warum die AfD gewählt wird. Und tatsächlich stelle ich in den vielen Gesprächen mit Bürgern auf der Straße, in Kneipen oder Veranstaltungen fest, dass es sich bei AfD-Wählern ganz überwiegend nicht um Neonazis oder Rassisten handelt. Sie formulieren Kritik und Sorgen, die durchaus nachvollziehbar und berechtigt sind. Doch warum setzen sie mit der Wahl der AfD auf Ausgrenzung und springen auf den ausländerfeindlichen Zug? Wahlanalysen zeigen, wer die AfD wählt. Auffällig ist, dass ein Großteil der Wähler der AfD sich durch eine geringe, allenfalls mittlere Qualifizierung auszeichnet. Oder umgekehrt je besser die Bildung desto geringer ist der Zuspruch zur AfD.

Bildung ist ein unverzichtbarer Baustein für eine demokratische Gesellschaft. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Bildung schafft Chancen, reduziert das Risiko von Arbeitslosigkeit und Armut, erhöht individuell wie auch gesellschaftlich den Wohlstand. Es ist klar, dass falsche Neiddebatten so weniger verfangen können. Und: Bildung klärt auf, fördert Respekt und gegenseitiges Verständnis. Gebildete und sozial abgesicherte Bürger sind weniger empfänglich für die Angstparolen von Rechtspopulisten.

Was also tun wir bundespolitisch? Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird durch uns massiv hochgefahren. Gegenüber der Finanzplanung von schwarz-gelb haben wir eine Milliarde mehr in 2017, jetzt insgesamt 17,5 Milliarden Euro in den Haushalt gepackt. Und wir haben sozialdemokratische Akzente gesetzt etwa für das BAföG, für die Aufstiegsfortbildung, für Alphabetisierung.

Doch das ist uns nicht genug. Wir wollen auch endlich das Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung aus dem

Grundgesetz streichen. Leider blockiert das die CDU/CSU weiterhin hartnäckig. Gerade hat der Parteivorstand beschlossen, dass in den Jahren 2017 bis 2021 neun Milliarden Euro zur Modernisierung der Schulen aufgebracht werden sollen. Alleine für Berlin würde das eine Unterstützung von etwa 500 Millionen bedeuten!



Swen Schulz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wichtig sind aber auch die vielen kleinen Projekte, die politische Bildung in die Kieze bringen. Das liegt uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund besonders am Herzen. In diesem Jahr gibt der Bund in Berlin über eine Million Euro für die lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ aus. Auch für die Prävention von Rassismus und Rechtsextremismus in Berlin sind im Etat der Bundesfamilienministerin in diesem Jahr Mittel von fast zwei Millionen Euro vorgesehen. Kürzlich hat das Bundeskabinett sogar eine Strategie zu Extremismus und Demokratieförderung beschlossen – es ist die erste ressortübergreifende Strategie in diesem Bereich. Die Strategie setzt auf ein gemeinsames Handeln des Bundes, der Länder und der Kommunen sowie der Zivilgesellschaft. Sie zielt darauf ab, an die für die Extremismusprävention und Demokratieförderung entscheidenden Orte zu gehen: in die Kommunen und Landkreise, in die Institutionen, Vereine und Verbände, an die Schulen und auch an viele andere Orte, an denen sich Menschen für die Stärkung der Demokratie und die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen.

Wir können nicht mal eben den Schalter umlegen und dann ist alles gut. Gerade Bildung braucht Zeit. Aber ohne diese Grundlage gibt es keine soziale und tolerante Gesellschaft. Der Bund macht einiges – aber muss mehr Verantwortung übernehmen und die Länder wie die Kommunen besser unterstützen.

DEMO-Kommunalkongress am 3./4. November 2016 in Berlin

im KOSMOS Berlin, Karl-Marx-Allee 131a

Der 11. DEMO-Kommunalkongress steht unter dem Motto „WIR IN DEN KOMMUNEN“. Über beide Kongresstage werden in Vorträgen und Workshops die kommunale Zukunft in den drei Panels *Zukunftsraum Kommune*, *Ländliche Räume* und *Urbane Räume* unter aktuellen Fragestellungen gestaltet.

Das Programm, ein Anmeldeformular (es besteht auch die Möglichkeit der Online-Anmeldung) sowie weitere Informationen finden sich unter www.demo-online.de

DEMO

Share Deals – eine ungerechtfertigte Privilegierung von Investoren?

von Cansel Kiziltepe

Seit der Föderalismusreform I können die Länder über den Steuersatz der Grunderwerbsteuer frei bestimmen. Fast alle Länder, auch Berlin, haben seitdem den Steuersatz kräftig erhöht. Aktuell beträgt der Steuersatz in Berlin 6%. Da die Grunderwerbsteuer bei jedem Grundstückskauf erneut anfällt, hemmt sie die Umschlagsgeschwindigkeit und somit die Spekulation mit Immobilien. Sie wirkt daher tendenziell wie eine Finanztransaktionssteuer.



Cansel Kiziltepe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Besteuerung läuft jedoch ins Leere, wenn die Immobilien einem Unternehmen gehören. Wird statt der Immobilie ein Anteil am Unternehmen veräußert, so fällt keine Grunderwerbsteuer an, was als Share Deals bezeichnet wird. Voraussetzung hierfür ist nur, dass der Investor allein – oder in Verbindung mit Nahestehenden – direkt oder indirekt weniger als 95% der Anteile des Unternehmens auf sich vereint. Bei Personengesellschaften besteht das zusätzliche Erfordernis, dass auch die restlichen mehr als 5% in den letzten fünf Jahren nicht übertragen wurden.

Dieses kaum bekannte Privileg für Investoren ist seit vielen Jahrzehnten im Grunderwerbsteuerrecht verankert und hat dazu geführt, dass die Privatisierungswelle der großen Wohnungsbestände der öffentlichen Hand seit der Jahrhundertwende per Share

Deal ablief. Auch beim Verkauf der GSW im Jahr 2004 fiel keine Grunderwerbsteuer an. Doch gelohnt hat sich das weder für den Landeshaushalt noch für den Zusammenhalt der Stadt. Bekanntlich wurde die GSW später zu einem Vielfachen des ursprünglichen Preises an die Deutsche Wohnen weiterverkauft, natürlich ebenfalls grunderwerbsteuerfrei. Schon bei mehreren Mietshäusern lohnt es sich, diese in eine Gesellschaft zu verschieben, um die Steuer zu umgehen. Damit fällt nicht nur einmalig keine Grunderwerbsteuer an, sondern auch bei Weiterverkäufen nicht. Denn die Mietshäuser bleiben in der Gesellschaft.

Das Privileg der Share Deals befördert und privilegiert Investoren, die gezielt Wohnungsbestände mit spekulativer Absicht aufkaufen. Es gibt Schätzungen, die davon ausgehen, dass bundesweit 20% aller Immobilientransaktionen im Rahmen von Share Deals abgewickelt werden. In den Ballungsräumen mit heiß gelaufenen Märkten dürfte die Quote auch weit darüber liegen. Dies bedeutet für Berlin Einnahmeverluste von mindestens 200 Mio. Euro jährlich.

Von Seiten der Länder wird diese Entwicklung seit längerem mit Sorge verfolgt. Mittlerweile hat die Finanzministerkonferenz eine Arbeitsgruppe mit Ziel einer Gesetzesverschärfung einberufen. Im Gespräch ist beispielsweise, den Schwellenwert für die Entrichtung der Grunderwerbsteuer auf 75% zu senken. Das wäre ein klarer Schritt in die richtige Richtung. Es fragt sich: Warum sollte nicht jeder Investor, der ein Unternehmen mit mehr als 50% übernimmt, Grunderwerbsteuer bezahlen? Denkbar wäre auch eine Mindestbesteuerung für kleinere Anteile, bspw. in Höhe des halben Steuersatzes. Diese Mindestbesteuerung könnte auch auf Unternehmen beschränkt werden, die mehrheitlich Immobilien halten. Denn wer mit 7% bei der börsennotierten Deutschen Wohnen einsteigt, der erwirbt Immobilien im Börsenwert von 700 Mio. Euro und zahlt keinen Cent Grunderwerbsteuer. Das ist nicht gerecht, entzieht den Ländern und ihren Kommunen dringend benötigte Steuermittel und fördert zudem die Immobilienspekulation.

Nach den Wahlen ...

... zu den Bezirksverordnetenversammlungen stehen die Bezirksverordneten wieder davor, Bezirksämter zu bilden. Hinsichtlich der Bezirksbürgermeisterinnen und -meister werden wieder Zählgemeinschaften gebildet, d.h. zwei oder drei Fraktionen verständigen sich auf die Wahl einer Person, die mit (einfacher) Mehrheit gewählt werden soll.

Hinsichtlich der weiteren Mitglieder des Bezirksamtes (Bezirksstadträtinnen und -räte) greift das Proporzsystem. Danach sind die Fraktionen nach ihrer Stärke unter Zugrundelegung des Höchstzahlverfahrens nach d'Hondt für die Wahl der Bezirksamtsmitglieder vorschlagsberechtigt. Danach wird das Bezirksamt proportional der Stärke der Fraktionen gewählt.

Bei Gleichheit der Höchstzahlen entscheidet das auf der Grundlage der erzielten Wählerstimmen nach dem Höchstzahlverfahren (d'Hondt) berechnete Stärkeverhältnis. Ergeben sich danach erneut gleiche Höchstzahlen, so entscheidet das Los.

Die innere Organisation des Bezirksamtes ist formal alleinige Angelegenheit der Mitglieder des Bezirksamtes; hier wird festgelegt, welches Bezirksamtsmitglied die Verantwortung für bestimmte Abteilungen und / oder für bestimmte Fachorganisationen (Leistungs- und Verantwortungszentren, Serviceeinheiten etc. tragen soll.

Die Besonderheit nach den diesjährigen Wahlergebnissen ist, dass die rechtsradikale Partei AfD in sieben Bezirken auch einen Anspruch auf einen Bezirksamtssitz hat (Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick, Pankow, Spandau, Reinickendorf und sogar in Neukölln).

Bereits Anfang der neunziger Jahre hatte sich in Tiergarten die Frage gestellt, wie man mit dem Kandidaten der Republikaner umgehen kann. Man wollte ja keinem rechtsradikalen Menschen die Verantwortung für politisch wichtige Bereiche übergeben; so musste sich der Republikaner mit dem Wirtschaftsamt zufrieden geben. Allerdings wurde er bereits nach drei Monaten abgewählt.

So einfach geht das heute nicht mehr, weil die Ämter in den Bezirken seit 2011 einheitlich organisiert sind, d.h. dem AfD-Kandidaten muss mindestens ein LuV oder eine Serviceeinheit übertragen werden. Nun wird man schauen müssen, welcher Bereich die wenigsten politischen Spielräume bietet, weil die Aufgaben in Inhalt, Menge und „Preis“ festgelegt sind.

Zur Erinnerung drucken wir hier noch einmal das Kapitel Ämterstruktur in den Bezirken aus dem Berliner Kommunalpolitischen Lexikon (3. Auflage, Berlin 2016) ab.

Norbert Przesang

Aus dem „Berliner Kommunalpolitischen Lexikon“: Ämterstruktur in den Bezirken

Durch das 8. Gesetz zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG) werden die Ämter in den Bezirken mit Beginn der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses, also seit Oktober 2011, einheitlich organisiert. Es wird nach § 37 Abs. 1 Satz 1 BezVG i. V. m. der Anlage zum BezVG festgelegt, in welche Fachämter, Serviceeinheiten, sonstigen Organisationseinheiten und Beauftragten sich die Bezirksämter gliedern, wobei sowohl die Bezeichnungen wie auch das Aufgabenspektrum der Organisationseinheiten festgelegt werden. Das Bezirksamt bildet nach § 37 Abs. 6 BezVG aus den Fachämtern und Serviceeinheiten fünf Geschäftsbereiche (Abteilungen), denen auch die sonstigen Organisationseinheiten und Beauftragten zugeordnet werden. Das Bezirksamt ist grundsätzlich frei, wie es die Organisationseinheiten verteilt. Es werden aber vereinzelt durch gesetzliche Vorschriften (§ 37 Abs. 6 Satz 2 BezVG, § 3 Abs. 3 GDG und § 21 Abs. 1 Satz 3 LGG) Zuordnungen zu bestimmten Geschäftsbereichen vorgegeben.

Die Bezirksämter sind demnach wie folgt gegliedert:

I. Fachämter

1. Amt für Bürgerdienste

- Bürgerämter
- Standesamt
- Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
- Wohngeld
- Wahlen

2. Jugendamt

- Aufgaben des Jugendamtes (Fachberatung, allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Familien, familienunterstützende Hilfen, fachbereichsübergreifende Jugendhilfe)
- Kindertagesbetreuung (einschließlich Kita-Eigenbetrieb)

3. Amt für Soziales

- Betreuungsbehörde und Soziale Dienste
- Materielle Hilfen
- Durchführung der Leistungen des kommunalen Trägers gemäß SGB II und AG-SGB II (Jobcenter)

4. Amt für Weiterbildung und Kultur

- Volkshochschule
- Musikschule
- Bibliotheken
- Kultur
- Heimatmuseum

5. Stadtentwicklungsamt

- Stadtplanung
- Bau- und Wohnungsaufsicht
- Vermessung (einschließlich Liegenschaftskataster und Wertermittlung)
- Denkmalschutz
- Quartiersmanagement

6. Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt

- Tiefbau (Straßenplanung, Straßenneubau, Straßenunterhaltung, Straßenaufsicht)
- Straßenverwaltung (ohne straßenverkehrsbehördliche Aufgaben)
- Unterhaltung und Neubau von Grün- und Freiflächen einschließlich Friedhöfe und Kleingärten
- Landschaftsplanung

7. Ordnungsamt

- Ordnung im öffentlichen Raum (einschließlich verhaltensbedingten Lärms und Parkraumbewirtschaftung und -Überwachung)
- Gewerbe (Wirtschaftsordnung, einschließlich Märkte)
- Straßenverkehrsbehörde
- Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
- Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle nach § 37 Abs. 4 BezVG

8. Gesundheitsamt

- Gesundheitsschutz und -aufsicht
- Gesundheitsschutz und -förderung für Erwachsene
- Gesundheitsschutz und -förderung für Kinder
- Spezielle gesundheitliche Hilfen für Menschen mit Behinderungen

9. Umwelt- und Naturschutzamt

- Umweltplanung, -beratung und -information
- Umweltordnungsaufgaben (ohne verhaltensbedingten Lärm)
- Natur- und Artenschutz

10. Schul- und Sportamt

- Schulträgerschaft
- Förderung des Sports

II. Serviceeinheiten:

1. Serviceeinheit Finanzen

- Haushalts- und Stellenplanung und -wirtschaft
- Kassenwesen

2. Serviceeinheit Personal

- Personalverwaltungsservice
- Personalentwicklungsservice

3. Serviceeinheit Facility Management

- Kaufmännische und technische Immobilien- und Gebäudeverwaltung
- Hochbauservice
- Innere Dienste (Dienstpost, Vervielfältigungen, Fernmeldeangelegenheiten, Beschaffungen, Anlagenbuchhaltung)
- IT-Service

III. Sonstige Organisationseinheiten:

1. Rechtsamt
2. Steuerungsamt
3. Sozialraumorientierte Planungskoordination
4. Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes
5. Pressestelle
6. Wirtschaftsförderung nach § 37 Abs. 3 BezVG

IV. Beauftragte:

1. Datenschutzbeauftragte oder Datenschutzbeauftragter
2. Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeauftragter
3. Integrationsbeauftragte oder Integrationsbeauftragter
4. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
5. EU-Beauftragte oder EU-Beauftragter
6. Beauftragte für Partnerschaften oder Beauftragter für Partnerschaften

Nach der Wahl am 18.9.:

Die Sitzverteilung in den BVVen und Bezirksverordnete der SPD

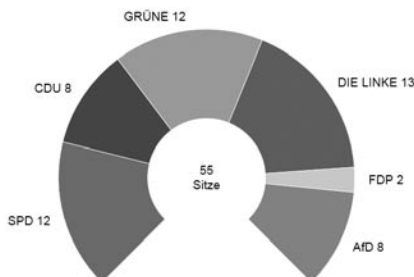
in der Reihenfolge der Listen (NR = Nachrücker)

Mitte



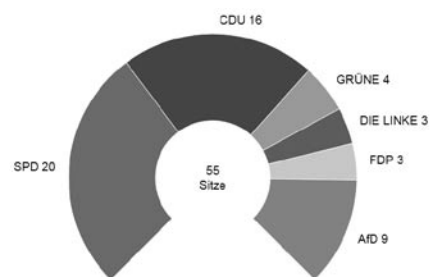
Dr. Hanke, Christian
Smentek, Sabine
Schug, Sascha
Matischok-Yesileimen, Martina
Draeger, Stefan
Morgenstern, Vera
Schwarz, Daniel
Waldeck, Ana
Gün, Fevzi
Fischer, Susanne
Radloff-Gleitze, Jürgen
Rothe, Julie
Hauptenbuchner, Andreas
Linnemann, Svenja
Kreitmair, Sonja (NR)
Lüthke, Thorsten (NR)

Pankow



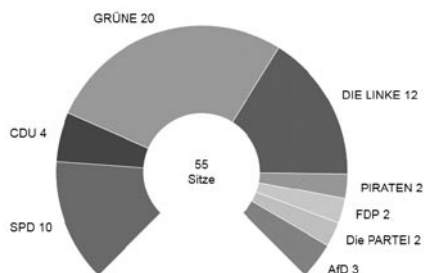
Tietje, Rona
Kijora, Gregor
Schomann, Mechthild
Schröder, Roland
Wölk, Stephanie
Bohla, Thomas
Falaknaz, Tannaz
Szidat, Mike
Hakelberg, Claudia
Sabek, Yasser
Howind Moreno, Anna
Böttcher, Matthias
Unger, Annette (NR)
Lenkeit, Marc (NR)
Gerecke, Anja (NR)

Spandau



Kleebank, Helmut
Schiller, Gaby
Machulik, Stephan
Tesch, Brunetta
Haß, Christian
Dr. Lange, Annika
Nikolić, Miodrag
Samhat, Amal
Ziesak, Uwe
Kleineidam, Daniela
Hotait, Ali
Bittroff, Ina
Öner, Ismail
Domer, Bettina
Liedtke, Jochen
Kustin, Martina
Hehn, Andreas
Atli, Sebahat
Anders, Jochen
Ließfeld, Heike
Palitza, Lutz (NR)
Hübner, Hannah (NR)
Schulz, Lukas (NR)

Friedrichshain-Kreuzberg



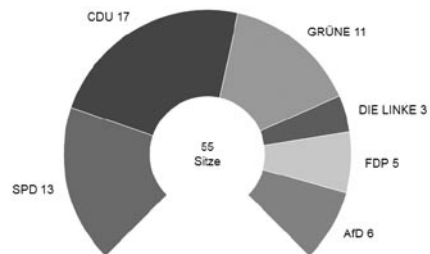
Dr. Beckers, Peter
Möbus, Anja
Hehmke, Andy
Leese-Hehmke, Anita
Dahl, John
Mollenhauer-Koch, Tessa
Forck, Sebastian
Aydin, Sevim
Ott, Stephan
Hochstätter, Peggy
Vollmert, Frank (NR)
Lupper, Hannah (NR)
Hübsch, Uwe (NR)

Charlottenburg-Wilmersdorf



Naumann, Reinhard
Röder, Constanze
Schulte, Marc
Schmitt-Schmelz, Heike
Wuttig, Holger
Hansen, Annegret
Saßen, Lothar
Hoffmann, Brigitte
Tillinger, Wolfgang
Biewener, Ann-Kathrin
Sempff, Alexander
Dr. Tesch, Felicitas
Wittke, Norbert
Buß, Claudia
Dr. Murach, Jürgen
Dr. Timper, Christiane (NR)
Burth, Martin (NR)
Andres, Evelyn (NR)

Steglitz-Zehlendorf



Karnetzki, Michael
Miels, Isabel
Buchta, Norbert
Wöhning-Wenckebach, Ulrike
Kellermann, Jan
Kirsch, Bettina
Semler, Volker
Kölsch, Juliana
Kromm, Martin
Dr. Kersten, Evelyn

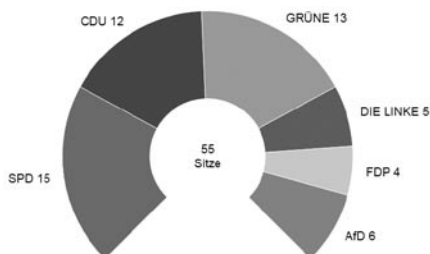
Amtliches Endergebnis.

Quelle & © Grafik:

Die Landeswahlleiterin in Berlin

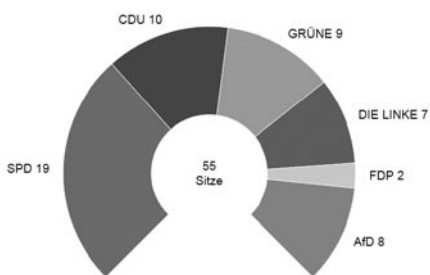
Ziffels, Rainer
 Macmillan, Carolyn
 Matz, Martin
 Reitz-Reule, Eva (NR)
 Stratlevski, Dmitri (NR)
 Wichitil, Anja (NR)

Tempelhof-Schöneberg



Schöttler, Angelika
 Schworck, Oliver
 Kühnemann, Melanie
 Rauchfuß, Jan
 Höppner, Marijke
 Seltz, Axel
 Neumann, Wiebke
 Götz, Christoph
 Kühnemann, Ingrid
 Fey, Oliver
 Dönertaş, Nihan
 Rauchfuß, Lars
 Hantke, Janis
 Böltes, Stefan
 Harling, Manuela
 Özdemir, Orkan (NR)
 Sommerfeld, Martina (NR)
 Kühnert, Kevin (NR)

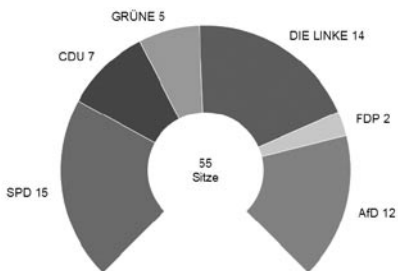
Neukölln



Dr. Giffey, Franziska
 Rämmer, Jan-Christopher
 Draeger, Almuth
 Koglin, Jürgen
 Klein, Cordula
 Blesing, Thomas
 Çağlar, Derya
 Oeverdick, Lars
 Blumenthal, Mirjam
 Scharmberg, Peter
 Hall-Freiwald, Diane
 Morsbach, Michael
 Hasçelik, Nilgün

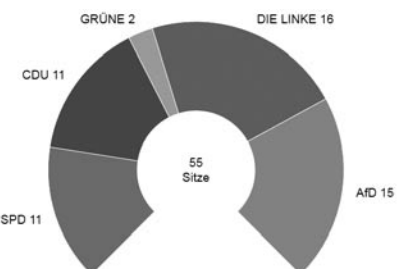
Hikel, Martin
 Jahke, Franziska
 Preuß, Marko
 Stromeier, Katharina
 Atashgahi, Bijan
 Schoenthal, Eva-Marie
 Hecht, Wolfgang (NR)
 Koglin, Christine (NR)
 Kontschieder, Eugen (NR)

Treptow-Köpenick



Igel, Oliver
 Schmitz, Gabriele
 Hölmer, Rainer
 Dr. Walker, Ursula
 Freier-Winterwerb, Alexander
 Vogt, Irina
 Düsterhöft, Lars
 Seth, Romana
 Sambill, Steffen
 Trasnea, Ana-Maria
 Thies, Ralf
 Haußdörfer, Ellen
 Tyx, Manuel
 Klinger, Regina
 Bahlmann, Paul
 Rohde, Grit (NR)
 Ram, Marc (NR)
 Wolff, Dunja (NR)

Marzahn-Hellersdorf



Komoß, Stefan
 Ollech, Liane
 Lemm, Gordon
 Köhnke, Marlitt
 Brettin, Ulrich
 Uhlich, Christiane
 Mätz, Klaus
 Hübner, Jennifer
 Kneffel, Paul-Sebastian
 Rosliwek-Hollering, Melanie

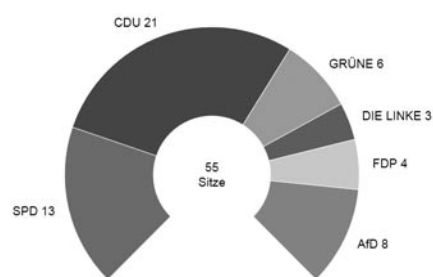
Hoppe, Axel
 Olbrich, Petra (NR)
 Geidel, Dmitri (NR)
 Shiferaw, Jeannette (NR)

Lichtenberg



Monteiro, Birgit
 Dr. Gührs, Erik
 Beurich, Kerstin
 Hönicke, Kevin
 Feige, Jutta
 Wolff, Fritz
 Kliemann, Sandy
 Dr. Költzsch, Gregor
 Dr. Ingenbleek, Anja
 Becker, Manfred
 Meyer, Anne
 Fahrenberg, Henning
 Kind, Christian
 Brechel, Blashka (NR)
 Andre, Julien (NR)
 Schiwalsky, Kerstin (NR)

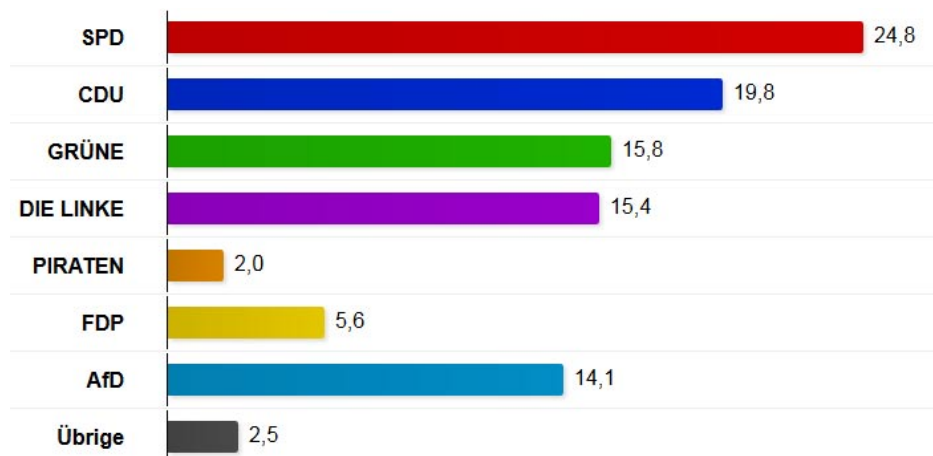
Reinickendorf



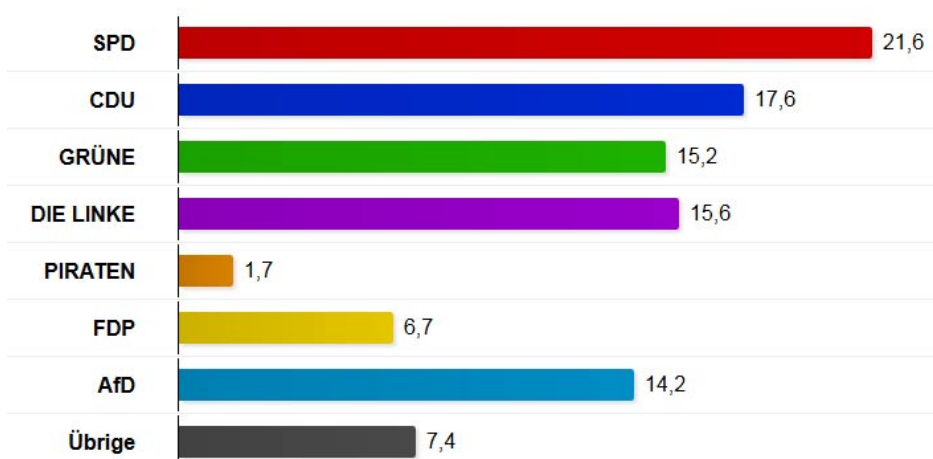
Brockhausen, Uwe
 Hiller-Ewers, Karin
 Ewers, Alexander
 Küster, Jutta
 Collé, Gilbert
 Valentin, Stefan
 Budweg, Angela
 Käber, Marco
 Borkenhagen, Nicole
 Walk, Gerald
 Dzembritzki, Aleksander
 Burk, Sabine
 Koch, Thorsten
 Eisele, Maria De Los Angeles (NR)
 Wilhelm, Ulf (NR)
 Teller, Klaus (NR)

Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September: Wahlergebnis und Mitglieder der SPD-Fraktion

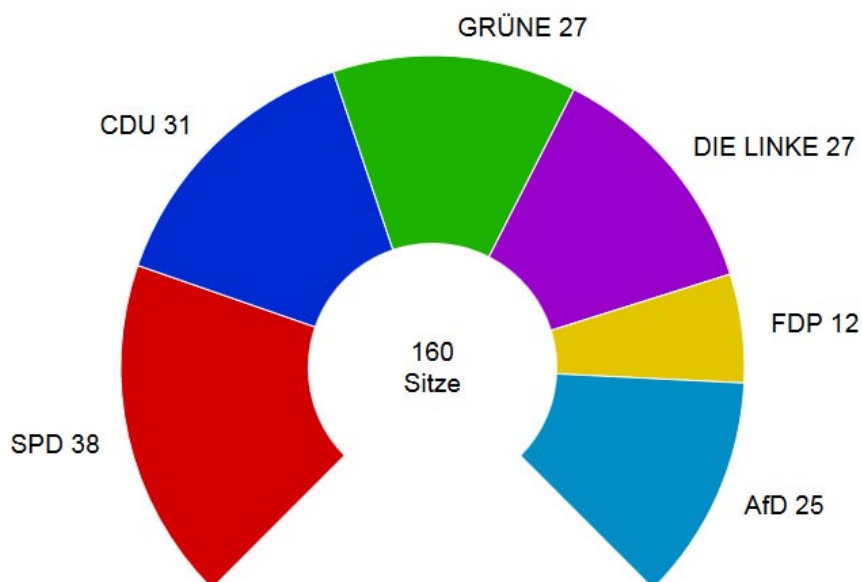
Erststimmenanteile (in %):



Zweitstimmenanteile (in %):



Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus:



Amtliches Endergebnis. Quelle & © Grafik: Die Landeswahlleiterin in Berlin

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion:

Mitte:

Isenberg, Thomas	WK 3
Dr. Lasić, Maja	WK 7
Wieland, Ralf	WK 6
Wildenhein-Lauterbach, Bruni	WK 5

Friedrichshain-Kreuzberg:

Heinemann, Sven	Liste
Dr. Kitschun, Susanne	Liste

Pankow:

Buchner, Dennis	WK 4
Hofer, Torsten	WK 2
Schneider, Torsten	WK 3
Schopf, Tino	WK 9
West, Clara	WK 7

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Becker, Franziska	WK 6
Dörstelmann, Florian	WK 7
Jahnke, Frank	WK 4
Radziwill, Ülker	WK 3
Verrycken, Frédéric	WK 1

Spandau:

Buchholz, Daniel	WK 3
Domer, Bettina	WK 1
Saleh, Raed	WK 2

Steglitz-Zehlendorf:

Dr. Czyborra, Ina	Liste
Kollatz-Ahnen, Matthias	WK 2
Kugler, Andreas	WK 1

Tempelhof-Schöneberg:

Kolat, Dilek	WK 3
Kühnemann, Melanie	Liste
Müller, Michael	WK 4
Zimmermann, Frank	WK 5

Neukölln:

Çağlar, Derya	WK 4
Korte, Karin	WK 6
Langenbrinck, Joschka	WK 3

Treptow-Köpenick:

Düsterhöft, Lars	WK 2
Schaddach, Robert	WK 4
Schreiber, Tom	WK 5

Marzahn-Hellersdorf:

Kohlmeier, Sven	Liste
Spranger, Iris	Liste

Lichtenberg:

Geisel, Andreas	Liste
Halsch, Karin	Liste

Reinickendorf:

König, Bettina	Liste
Stroedter, Jörg	Liste